

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

550 (25.11.1921) Mittagausgabe

Badische Presse

und Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Fremdenzeitung / Elster-Kundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Verantwortliche Redakteure: ...

Verantwortliche Redakteure: ...

Verantwortliche Redakteure: ...

Verantwortliche Redakteure: ...

Eine Denkschrift der englischen Industrie.

Abänderung des Reparationsabkommens und des Friedensvertrags verlangt.

Sachleistungen statt Zahlungen, eine erste Hypothek auf alle Werte.

London, 24. Nov. In einer Denkschrift des Sonderausschusses des Bundes der britischen Industrien heißt es: Wir sind der Ansicht, daß die Eintreibung der Reparationen die Industrie Großbritanniens ernstlich erschüttern würde, sofern nicht besondere Maßnahmen getroffen werden, um die Form der Zahlungen zu regeln. Wir stimmen darin vollkommen überein, daß Deutschland bis zum äußersten Maße seiner Fähigkeit zahlen soll. Wir sind jedoch der Ansicht, daß um unserer Industrie den geringst möglichen Schaden zuzufügen, die alliierten Regierungen neue Bestimmungen treffen müssen, um die Bedingungen in verschiedenen Richtungen abzuändern, und wenn möglich, die Last zu erleichtern, die Deutschland auferlegt wurde. Im gegenwärtigen Augenblick wird die gesamte wirtschaftliche Zukunft der Welt überhärtet von der riesigen Last der Schuld, die während des Krieges und der Nachkriegszeit zwischen den großen Nationen eingegangen wurden, und es ist unmöglich zu erwarten, daß der internationale Handel in die Bahnen wie vor dem Kriege zurückkehren wird oder neue Beziehungen auf einer dauernden Grundlage erreicht werden können, bevor nicht die Methoden, durch die diese Schuld liquidiert werden soll, auf einer vernünftigen Grundlage erreicht werden können.

Wir haben es nicht für notwendig gehalten, in dieser Denkschrift die eingehende Ausarbeitung der Vorschläge zu beschreiben, die wir unterbreiten. Wir glauben jedoch, daß die Vorschläge vollkommen durchführbar sind, und nur auf dieser Grundlage für das Land eine befriedigende Lösung gefunden werden kann. Wir fordern daher die britische Regierung dringend auf, unsere Vorschläge in ernster dringender Erwägung zu ziehen.

Diese Frage, so heißt es in der Denkschrift weiter, sei von besonderer Bedeutung für die Fabrikanten und Arbeiter Englands, die zum größten Teile ernsthafte Waren erzeugen, die die Deutschen und die nach denselben Märkten ausführen. Deshalb sei es von größter Wichtigkeit, daß der Charakter und der Umfang der deutschen Warenlieferungen zur Besetzung der Reparationen den Bedürfnissen der alliierten Industrien angepaßt werde und ihre Entwicklung fördere. Es sei wesentlich, daß die Zahlungen über einen weit größeren Zeitraum verteilt würden, als in dem gegenwärtigen Abkommen vorgesehen sei. Das Memorandum der britischen Industriellen schlägt eine

Revision des Reparationsabkommens

- 1. Ansetzung von Forderungen an die deutschen Industrien und Unternehmungen anstelle der augenblicklichen Verbindlichkeiten an die Regierungen;
2. Stärkere Anordnung der Klassen von Waren und Arbeitsleistungen, die Deutschland liefert, um dadurch soweit wie möglich eine Schädigung der alliierten Industrien zu vermeiden.

In Erläuterung des ersten Punktes wird in dem Memorandum eine Regelung vorgeschlagen, durch die tatsächliche Forderungen an industrielle und andere Unternehmungen in Deutschland anstelle der augenblicklichen Zahlungen zwischen den Regierungen festgelegt werden: Alle deutschen industriellen Unternehmungen könnten beispielsweise angehalten werden, eine besondere Klasse von ersten Vorzugsaktien zu schaffen als eine erste Forderung (First Charge) an das Geschäft. Von den Inhabern von Grundbesitz könnte ebenfalls verlangt werden, daß sie ähnliche erste Forderungen bis zu einem festgesetzten Prozentsatz des Wertes ihres Besitzes schaffen. Dringliche Hypotheken oder erste Vorzugsaktien sollten geschaffen werden für Unternehmungen, wie deutsche Eisenbahnen, Kanäle, Schiffbauunternehmen usw. und möglicherweise sogar für die deutschen Banken und Großhandelsunternehmungen. Diese Sicherheiten sollten dann von der deutschen Regierung den alliierten Regierungen angehängt werden, die sie, wenn sie es wünschen, Privatpersonen verkaufen könnten.

Das Memorandum fügt hinzu: Ein Plan in der Art wie der oben erwähnte, sei in verantwortlichen Kreisen in Deutschland tatsächlich erörtert worden. Als Vorteil für diesen Plan wird angeführt: Er würde bis zu einem gewissen Maße eine automatische Anpassung der jährlichen Lasten an Deutschlands Leistungsfähigkeit ermöglichen. Nach dem vorgeschlagenen Plan würden die Zahlungen eine erste Forderung für alle privaten Unternehmungen werden. Finlen würden jedoch von einem Unternehmen in keinem Jahr gezahlt zu werden brauchen. Durch Umwandlung einer Schuld, die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes bezahlt werden muß, in eine Dauerverpflichtung würde die Notwendigkeit der jährlichen Sorge für die Amortisation fortfallen. Die vorgeschlagene Maßnahme würde außerdem den alliierten eine gewisse Kontrolle über die deutschen Industrien geben, die groß genug wäre, um sie in den Stand zu setzen, einen beträchtlichen Einfluß auf die Entwicklung und Leitung des deutschen Handels auszuüben. Schließlich würde, wie in dem Memorandum hervorgehoben wird, eine weit bessere Sicherheit für die Bezahlung der deutschen Schulden geschaffen werden, indem eine Vereinbarung zwischen den Regierungen, die letzten Endes von der Tätigkeit der Alliierten abhängt, ihre Forderungen durch militärische Mittel zu erzwingen, verwendet werden in eine große Zahl von geringeren Verbindlichkeiten zwischen Privatpersonen, Deutschen, Alliierten und Neutralen. Diese Verbindlichkeiten würden mit dem Gedeihen des deutschen Handels und kommerziellen Systems so eng verknüpft sein, daß eine Nichterfüllung unmöglich wäre. Es würde ungefähr ausfallen, als wenn Deutschland ein unentwickeltes Land wäre, das mit Hilfe ausländischen Kapitals entwickelt worden sei und weiterhin diesen für dieses Kapital zahle.

Das Memorandum fährt fort, da es klar sei, daß selbst, wenn durch die Annahme dieses Verfahrens die jährlichen Zahlungen wesentlich vermindert werden könnten, Deutschland immer noch beträchtliche Jahreszahlungen zu verrichten habe und Waren ausführen müßte, sei es sehr wichtig, daß die deutsche Produktionskraft soweit wie möglich in einer Richtung gefördert werde, die sie entweder für die deutsche Industrie unschädlich oder ihr sogar dienlich mache.

Das bestehende Reparationsabkommen

Sehe bereits die Leistung von wesentlichen Zahlungen in Waren vor und dieser Grundgedanke sei erweitert worden durch besondere Bestimmungen, die von einzelnen alliierten Ländern separat mit

Deutschland abgeschlossen worden seien. Dieses Verfahren sei jedoch nicht ganz einwandfrei. Erforderlich sei ein umfassendes Abkommen zwischen allen Alliierten, das Waren und Leistungen festsetze, die Deutschland zu liefern habe und die Richtung festlege, in der sich die deutschen Industrien entwickeln könnten, ohne irgendwelche den Industrien der alliierten Nationen ernstlichen Schaden zuzufügen. Deutschland könne den Alliierten liefern: Stoffe, die nützlich seien zur Entwicklung der Industrie oder Landwirtschaft in den alliierten Ländern wie zum Beispiel: Katt, Holz und Kohle; außerdem könne der tatsächliche Wiederaufbau des zerstörten Gebietes Deutschlands noch immer überlassen werden. Das Memorandum schlägt als weitere Art der Bezahlung die Ausfuhr von Baumaterialien in den alliierten Ländern vor. In anderen Ländern unter alliiertem Leitung vor. Diese Bauten müßten selbstverständlich unter der Gewähr ausgeführt werden, daß Deutschland sie nicht dazu benutze, um die Länder, in denen sie unternehmen würden, friedlich zu durchdringen. Zu diesem Zwecke müßten sie unter ausschließlicher Leitung und Aufsicht von Ingenieuren und anderen alliierten technischen Sachverständigen ausgeführt werden. Als Beispiel für eine solche Konstruktionsarbeit führt das Memorandum an erster Stelle an: die Wiederherstellung der Eisenbahnen und anderer Verbindungswege in Mitteleuropa und möglicherweise in Zukunft auch in Rußland. Deutschland sei viel näher gelegen und viel besser geeignet für diese Arbeit als die Alliierten, und wenn Deutschland nicht diese Arbeit verrichte, so bestiehe keinerlei Aussicht, daß irgend jemand in den anderen Ländern sein würde, diese Aufgaben in der unmittelbaren Zukunft zu erfüllen. Dies seien vor dem Kriege die wichtigsten Märkte Deutschlands gewesen, u. deshalb würde der größte Teil des Handels, den Deutschland nicht leicht beginnen würde, in Wirklichkeit nicht auf Kosten Englands gehen. Es würde außerdem dazu dienen, den deutschen Handel von den Vätern abzuleiten, die in der Hauptstadt die Märkte Englands seien. Deutschland könne außerdem Konstruktionsarbeiten vornehmen, die sonst nicht rentabel unternommen werden könnten in den nicht entwickelten Teilen der Welt, wie z. B. Eisenbahnen, Sägen usw. in Afrika, Südamerika oder Asien. Die deutsche Energie und Industrie müsse zur Entwicklung neuer Märkte und neuer Quellen für Rohstoffe und Lebensmittel in den eben nicht entwickelten Teilen der Welt abgelenkt werden.

In dem Memorandum wird zum Schluß ausgeführt, die Durchführung dieser Vorschläge würde umfassen:

Abänderung des Friedensvertrages unter Mitwirkung Deutschlands.

In Deutschland gewinne die Ueberzeugung Boden, daß die deutschen Finanzen auf eine gesunde und dauernde Grundlage gestellt werden müßten. Die deutsche Regierung sei daher bereit, eine Revision der Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages auf vernünftiger Grundlage anzunehmen, da sie bestrebt sein müsse, die Mitwirkung deutscher finanzieller und wirtschaftlicher Interessen für die Durchführung des abändernden Uebereinkommens zu gewährleisten. Wenn ein solches Uebereinkommen eine dauernde Ermäßigung der alliierten Forderungen an Deutschland einschließe, so durch die notwendige Verzinsleistung gerechtfertigt, wenn sie zu einer rascheren Rückkehr der Welt zu annehmbaren Verhältnissen beitrage. Um jedoch diese Ergebnisse zu erzielen, sei es wesentlich, daß jeder derartige Ausgleich geteilt unter der nachdrücklichen Bedingung, daß die deutschen Finanzen in Ordnung gehalten würden und daß Deutschland die Bedingungen auferlegt würden, die eine sorgfältige Inflation der deutschen Währung und die daraus folgende Entwertung der Mark unmöglich machen. Wenn gegen diese Vorschläge der Einwand erhoben werden sollte, daß der Annahme der Forderungen der Alliierten nicht genügend Rechnung getragen werde, die dringend höhere Zahlungen bedürften, um ihr Budget auszugleichen, so müßte dem entgegengehalten werden, daß wenn Deutschland zu ordnen und auf eine ständige Grundlage zu stellen, wenig Zweifel daran bestiehe, daß die deutschen industriellen Sicherheiten, die erst als Reparationszahlung ausgedient hätten, bereits Käufer finden würden. Frankreich würde auf diese Weise in den Stand gesetzt, nicht nur die Bezahlung eines wesentlich größeren Entschädigungsbetrages zu erhalten, als es wohl unter dem bestehenden Reparationsplan erhalten würde, sondern sich auch das zu sichern, was es am dringendsten benötige, nämlich die Bezahlung in Waren und zwar zu einem viel früheren Zeitpunkt.

Stinnes aus London abreist.

London, 24. Nov. Wie die Blätter melden, wird hier amtl. in Abrede gestellt, daß irgend ein Zusammenreffen zwischen Lord George und Stinnes vereinbart worden sei. Stinnes sei heute nach Berlin zurückgereist.

Die Befähigung des Eisenbahndienstes.

Berlin, 25. Nov. Der Großindustrielle Direktor Kraemer erklärte gestern in einer Rede, die er im Verein Berliner Kaufleute gehalten hat, zum Kreditangebot der deutschen Industrie, daß sich in den nächsten Tagen ein Reiseverkehrsabkommen zwischen den Alliierten in dem die Loslösung der Eisenbahnen vom Reichsverband vorgesehen sei. Gleichzeitig werde ein neues Dienstgesetz erlassen werden, das mit der bisherigen Dienstregelung und der schematischen Anwendung des Arbeitsdienstes aufräumen werde.

Deutsche Mitarbeit an Frankreichs Wiederaufbau

Paris, 24. Nov. Nach einer Havagemeldung wurde der Arbeitsausschuß für die zerstörten Gebiete heute von Loucheur empfangen. Doucebaume, Generalrat des Eisendepartements, gab eine Darstellung der hauptsächlichsten Fragen der roten Zone. Er wies besonders darauf hin, daß nach einem Beschluß der Geschädigten der Wiederaufbau unter Mitwirkung Deutschlands in Bälde angefangen werden müsse und daß sich bereits 84 Prozent der Geschädigten für den Wiederaufbau mit deutschem Material und deutschen Arbeitskräften ausgesprochen hätten. Doucebaume schloß mit dem Ersuchen, die Regierung möge sofort der geschädigten Bevölkerung bekannt geben, daß der Wiederaufbau nicht ohne deutsche Arbeit ins Auge gefaßt werden könne. Loucheur sprach sich dann für den Wiederaufbau unter deutscher Mitwirkung unter der Voraussetzung aus, daß sie von den Geschädigten gefordert werden würde und daß die deutsche Regierung unter Bedingungen zustimme, die für das französische Volk von deutschem Vorteil seien.

Die Konferenz in Washington.

Die französischen Marineforderungen.

Paris, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Bericht des französischen Admirals de Bon über die Marineforderungen Frankreichs ist durch Indiskretion in die Öffentlichkeit gelangt und hat sowohl in englischen Delegiertenkreisen als auch in der amerikanischen Presse große Aufregung hervorgerufen. Der Bericht, der nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, hat nach französischen Darlegungen als Unterlage für die französischen Forderungen dienen sollen. Frankreich steht auf dem Standpunkt, daß es zur See keine imperialistische Politik treibe, sondern auf seine modernen Schiffe verzichten werde, wenn sich auch die anderen Mächte hierzu bereit erklärten. Da aber die anderen Mächte ihre Flotten nur um 33 Prozent verringern wollten, finde es Frankreich für ungerade, daß es von seinen Kreuzern drei zerstören solle. Frankreich verlange nur eine Schiffszahl, die nicht weitergehen solle, als wie sie im Jahre 1912 festgelegt war. Frankreich vertrete deshalb diesen Standpunkt, weil es seit 1912 keine neuen Schiffe mehr erbauen konnte.

London, 24. Nov. (Drahtbericht.) Die zweite Rede Briands in Washington, in der er sich über das Flottenprogramm äußerte und eine Sonderstellung Frankreichs verlangte, hat in England sehr verstimmt. Nach den ersten Meldungen soll Briand gefordert haben, daß Frankreichs Flotte der Japans gleich sein müsse, damit eine amerikanisch-französische Kombination der englisch-japanischen die Waagschale halte. Die Ausführungen Briands haben die britischen Delegierten in Washington so befreudet, daß sie in der Kommission für Vandalbrüfung sofort zum Gegenangriff übergingen und gegen die Abmachungen eine detaillierte Ausarbeitung über die Abrüstung verlangten. Dem hat Briand mit dem Hinweis auf seine und seiner Sachverständigen nahe bevorstehende Abreise heftig widersprochen, hat aber in der Notensprache einen Rückzug angetreten, in dem er seine Flotte über die japanisch-französische Kombination als mißverständlich erklärte.

Washington, 24. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Heute morgen versammelten sich Briand, Viviani und Sarraut zu einer letzten geschäftlichen Sitzung, wobei Briand, Viviani und Sarraut die Richtlinien vorlas, welche nach Briands Abreise eingehalten werden sollten.

Die französisch-italienische Mittelmeer-Konkurrenz.

V. Lugano, 24. November. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die von Frankreich auf der Washingtoner Konferenz vorgebrachten Ansprüche auf eine Vergrößerung seiner Flotte haben in Italien sehr verstimmt. Die Blätter machen geltend, daß, nachdem Frankreich viermal so viel Truppen unter den Waffen als Italien hatte, es sich nun auch noch das Recht einer bedeutend stärkeren Flotte sichern wolle. Das „Giornale d'Italia“ schreibt, daß Deutschland keine Kriegsstärke mehr halten dürfe, strebe Frankreich mit seinen Ansprüchen die Vorherrschaft im Mittelmeer an, was die volle Aufmerksamkeit Italiens erfordere. Das Verhältnis 3 zu 2 für die Kriegsstärke Frankreichs und Italiens wäre nicht gerecht. Die Regierung von Rom dürfe sich von den Ereignissen auf der Washingtoner Konferenz nicht überraschen lassen, da ein Fehler die Zukunft des Landes ernstlich bedrohen könnte.

Das neue japanische Regierungsprogramm.

Chicago Tribune, 24. Nov. Nach dem Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ in Tokio besteht das Programm des neuen japanischen Ministeriums aus folgenden Punkten: 1. Herabsetzung der japanischen Flotte auf 70 Prozent der amerikanischen und englischen Flotte; 2. Aufgabe des englisch-japanischen Bündnisses, ohne ein dreiseitiges Abkommen im Stillen Ocean zu verlangen; die Initiative bei der Aufhebung des englisch-japanischen Bündnisses soll jedoch von englischer Seite ausgehen. 3. Status quo hinsichtlich der Besetzung der Flottenstützpunkte im Stillen Ocean.

Eine tiefe Curzon in Frankreich.

London, 24. November. Der britische Staatssekretär des Auswärtigen Lord Curzon richtete in einer heute nachmittag in der City gehaltenen Rede eine Mahnung an Frankreich. Er erklärte, die einzige Gewähr für die Wiederherstellung des Friedens sei nicht die alte Idee von gänzlicher Isolierung einer Macht, sondern die harmonisch aufbaute Zusammenarbeit aller Mächte. Der Frieden werde niemals erzielt werden, wenn eine Macht versuche, einer anderen Macht vorzuzukommen und auf ihre Rechnung ein Uebereinkommen abzuschließen. Wenn Frankreich eine isolierte und besondere Politik beschließen würde, so würde es auf die Dauer nicht Deutschland, sondern sich selbst Schaden zufügen. Lord Curzon sagte, die wirkliche Stärke und der wirkliche Schutz Frankreichs beständen nicht in der Stärke seiner Waffen, sie beständen nicht einmal in der Gerechtigkeit seiner Sache, sondern sie beständen in der Tatsache, daß das Gewissen der Welt und zwar die zusammengesetzten physischen Kräfte — und hier schloß er die Großmächte Europas wie auch der Vereinigten Staaten ein — die Wiederkehr einer großen und gefährlichen Macht im Herzen Europas, die fortwährend mit dem Schwert in der Scheide rasle, zur Bedrohung des Weltfriedens nicht dulden würden. „Wir werden“, so sagte Curzon, Deutschland in ein friedliches Mitglied des internationalen europäischen Hofes nur umbilden, wenn die Großmächte sich einigen, nicht nur um den Friedensvertrag zu erzwingen, sondern um wahr zu machen, daß keine Politik der Wiedervergeltung oder der Rache von ihnen gebildet wird und daß sie Deutschland beschließen, seine Rolle zu spielen, vorausgesetzt, daß es Aufrichtigkeit an den Tag legt.

Indezug auf die türkisch-griechischen Feindseligkeiten erklärte Curzon, es sei viel wichtiger, daß keine der Parteien gewinne und daß der Frieden zustandekomme. Das liege im Interesse beider Parteien und sei wichtig für Großbritannien. England habe, trotzdem es gegen die Türken gekämpft habe, keinen dauernden Stützpunkt mit der mohamedanischen Rasse. Wenn nur der Argwohn getilgt werden könnte, der zwischen den Türken und Griechen herrsche, dann werde man sie überreden können, daß für beide Parteien Platz im nahen Osten vorhanden sei. Diese Hoffnung könnte sich nur erfüllen, wenn man diese Fragen anfaße mit einer gemeinsamen Politik, einem gemeinsamen Ziel und einem gemeinsamen Plan.

Curzon erklärte außerdem, es sei zwecklos, die Rüstungen zur See zu vermindern, wenn man weiter beabsichtige, große Rüstungen zu Lande anzuhäufen. England könne nicht Verpflichtungen auf sich nehmen, wenn andere dies nicht täten.

Kabinettsitzung in Berlin.

1 Berlin, 25. Nov. Das Reichskabinett hat sich gestern abend dem „Vorwärts“ zufolge mit der Erledigung der Reparationsverpflichtungen beschäftigt. Weiter billigte das Kabinett eine Zuschußleistung von 100 Millionen Mark an die Quaterversicherung für bedürftige Kinder und Frauen. Schließlich wurden eine Notstandsaktion zur Milchversorgung der Städte und weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers beraten. Diese Fragen sollen am Samstag noch einmal mit der preussischen Regierung besprochen werden. Dem Blatt zufolge steht aber heute schon fest, daß die Notstandsaktion zur Milchversorgung durchgeführt und daß in den nächsten Tagen neue Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers bekanntgegeben werden.

Gegen den Wucher.

Der Erlaß des preussischen Ministers des Innern, Severing, der für die Bekämpfung des Wuchers im Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs neue Richtlinien aufstellt, ist außerordentlich zu begrüßen. Besonders deshalb, weil er endlich die Anweisung zu einer entscheidenderen Tätigkeit der Polizei auf diesem Gebiete gibt. Nicht zu unterschätzen ist auch die Ausführlichkeit, mit der der Erlaß die verschiedenen Möglichkeiten der Bekämpfung des Wuchers darlegt, die sich aus der nun hoffentlich immer fühlbarer werdenden Tätigkeit der Wucherpolizei ergeben können. Bei aller Schärfe im Eingreifen, die er verlangt, ist der Minister in seiner Verfügung doch darauf bedacht, daß alles geschehen soll, um unliebsame Weiterungen zu vermeiden, vor allem im Falle von Beschlagnahmen und Geschäftsschließungen die Mitwirkung des Publikums auszuschalten. Man hat ja in den letzten Tagen erlebt, zu welchen Konsequenzen solche Eigenhilfe der Käufer führen kann, und deshalb ist es sehr erwünscht, daß die behördlichen Organe bei ihrem Eingreifen solchen Vorkommnissen einen Riegel vorschieben. Die Dezentralität wird um so bereitwilliger darauf verzichtet, die Tätigkeit der amtlichen Organe irgendwie zu fördern, wenn sie sich darauf verlassen kann, daß in Fällen nachgewiesener Ueberverteilung auch eine nachhaltige und schnelle Bekämpfung erfolgt. Für diesen Nachweis bestehen allerdings gewisse Schwierigkeiten, die der Erlaß des Ministers keineswegs verkennt.

Es fehlt die Möglichkeit, den mit der Nachforschung beauftragten Beamten bestimmte Richtpreise für ihre Feststellungen mitzugeben, sie müssen sich vielmehr dabei auf als allgemein gültig anerkannte Maßstäbe stützen. Auch kann ihnen bei der ihnen obliegenden Prüfung des Verhältnisses zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis eine Schwierigkeit daraus erwachsen, daß sie nicht ohne weiteres zu erkennen vermögen, ob die Einkaufsnachweise, die ein des Wuchers verdächtiger Händler ihnen vorlegt, auch tatsächlich für die zum Verkauf gestellten Waren zutreffen. Der Ausweg, den der Erlaß des Ministers hier vorsieht, nämlich die Inanspruchnahme von Hilfe aus den Kreisen des realen Handels, wird immerhin verzögernd wirken, aber er wird schließlich doch wenigstens bis zu einem gewissen Grade Klarheit schaffen können. Besonders erfreulich ist, daß der Erlaß auch bestrebt ist, den Kleinhandel gegen Ueberverteilung zu schützen und daß er sich nicht auf eine gründliche Revidierung der Verhältnisse in den Großstädten beschränkt, sondern die Kontrolle auch auf die kleineren Städte und auf das Land, also bis zu den Produzenten hin, ausdehnen will. Das zeigt, daß der Minister keineswegs nur von den Ereignissen in der Reichshauptstadt zu seiner Maßnahme veranlaßt worden ist, sondern von allgemeinen wirtschaftlichen und moralischen Prinzipien, bei deren Durchsetzung er alle anständig genannten Kreise des Volkes auf seiner Seite haben will.

Kommunistische Obstruktion im preussischen Landtag.

11 Berlin, 24. Nov. Die gestern mittag begonnene Sitzung des preussischen Landtags hat bis heute früh halb sechs Uhr gedauert. Die Obstruktion der Kommunisten gegen die Weiterberatung der Geschäftsordnung wurde durch 64 namentliche Abstimmungen niedergelämpft. Schließlich wurde die neue Geschäftsordnung unter großem Lärm der Kommunisten endgültig angenommen. Im Laufe der Sitzung kam es zu stürmischen Ausfällen, wobei die Kommunisten den Präsidenten Seiner mit Beschimpfungen überhäufte, die der Präsident unbeachtet ließ. Ein Kommunist warf auf der rechten Seite des Hauses eine Stinkbombe ab, die aber nicht zerplatzte. Während der Sitzung wurden Trillerzeichen und Lärm mit Hausgeschüssen gemacht. Ein kommunistischer Antrag, das Rauchen zu gestatten, wurde abgelehnt. Trotzdem wurde entgegen dem Einspruch des Präsidenten von männlichen und weiblichen Kommunisten mit dem Rauchen begonnen. Nach stürmischer Geschäftsordnungsdebatte wurde die nächste Sitzung auf heute nachmittags 3 Uhr festgesetzt.

Berlin vor einem Elektrizitätsstreik?

11 Berlin, 24. Nov. Der Magistrat erklärte, daß er die Forderungen der Angestellten in den städtischen Elektrizitätswerken nicht erfüllen könne. Laut „B. Z. a. M.“ muß mit dem Streik gerechnet werden. In dem drohenden Streik sind die städtischen Arbeiter nicht beteiligt, aber die Maschinen- und Werkmeister der Elektrizitätswerke, die zu den Angestellten rechnen.

11 Berlin, 25. November. Nach einer Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ haben von 1500 städtischen Wertangehörigen 1200 für und 300 gegen den Streik gestimmt. Heute soll nochmals verhandelt werden, mit dem Kammerer der Stadt eine gütliche Regelung über die strittige Lohnfrage herbeizuführen.

11 Berlin, 24. Nov. In der heutigen Stadterordnetenversammlung wurden die Magistratsvorlagen über die Erhöhung der Löhne der Arbeiter und Gehälter der Beamten, sowie der Magistratsmitglieder, ferner die Magistratsvorlage über die Deckung dieser Erhöhungen an den Bez.-Aussschuß zur Vorberatung übertragen, der sofort zusammenzutreten soll.

Berenberg-Göbler zurückgetreten.

11 Berlin, 25. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der deutsche Botschafter in Rom, Senator von Berenberg-Göbler, hat um seine Entlassung aus dem Reichsdienst nachgesucht, weil er glaubt, daß er unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Ziele, die er sich bei Übernahme seines Amtes gesetzt habe, nicht erreichen könne. Der Entschluß muß den amtlichen Stellen überlassen werden. Was den Botschafter zu diesem Schritt veranlaßt hat, darüber liegen nähere Mitteilungen noch nicht vor. Der Botschafter war eine Entdeckung des früheren Außenministers Simons, der ihn aus der Stellung eines Hamburger Senators in die diplomatische Karriere hereinholte und gleich zum römischen Botschafter machte.

Verbot der „Täglichen Rundschau“.

11 Berlin, 25. November. Die „Tägliche Rundschau“ ist vom preussischen Minister des Innern wegen eines Artikels, der die Politik des Reichstagspräsidenten in der schärfsten Weise angreift, auf drei Tage verboten worden. Der Verlag des Blattes hat gegen das Verbot bei dem zuständigen Reichsausschuß Einspruch erhoben.

Kabinettsitzung in Braunschweig.

11 Braunschweig, 24. Nov. Minister Derter hat in der heutigen Sitzung des Landtages seinen Rücktritt erklärt und gleichzeitig sein Mandat für den Landtag niedergelegt. Zu Beginn der Sitzung hatte der Abg. Käfer vom Landeswahlverbande einen erneuten Vorstoß gegen den Minister unternommen. Er hatte dabei auf den von den Neuesten Nachrichten veröffentlichten Brief hingewiesen, in welchem dem Minister zum Vorwurf gemacht wird, daß er von dem Hypothekenspekulant Otto in Blankenburg i. S. ein Darlehen von 20 000 M. aufgenommen habe, wofür er Otto den Prozentsatz von 10% schaffte. Außerdem soll Derter sich dem Otto als Impresario für eine Gastspielreise nach England mit dem Bemerkten angeboten haben, es würden dabei für ihn wohl einige hundert Pfund Sterling abfallen. Auch soll Derter von Hypothekenspekulant Otto eine Schuld von 30 000 M. bei der Braunschweigischen Genossenschaftsbank in der die unabhängige Freiheit hergestellt wird, zu übernehmen. In dem solchen Minister könne man kein Vertrauen entgegenbringen, er müsse zurücktreten. Nach diesen Ausführungen des Abg. Käfer erklärte

Derter seinen Rücktritt und stellte gleichzeitig mit, daß er sein Mandat niederlege. Die Gerichtsverhandlung werde ergeben, so erklärte Derter, daß für diese Beschuldigungen kein Beweis erbracht werden könne.

Die Residenz des Generals Degoutte.

11 Frankfurt a. M., 23. Nov. Nachdem im Vorjahre allein 1,5 Millionen Mark für die Instandsetzung des ehemaligen großherzoglichen Schlosses in Mainz, in dem bekanntlich der französische Oberkommandierende im Rheinland, General Degoutte, sein Hauptquartier aufgeschlagen hat, ausgegeben wurden, nachdem im vergangenen Sommer weitere Unsummen für die Herrichtung der Sommerresidenz des Herrn Generals im Schlosse Waldhausen bei Mainz gefordert und bewilligt wurden, hat das französische Oberkommando der Rheinarmee nunmehr nochmals eine in die Millionen gehende Forderung für Instandsetzungsarbeiten und bauliche Veränderungen in der Residenz des Generals Degoutte an die deutsche Regierung gestellt.

Die Löhne der Saarbergleute.

11 Dr. A. Genf, 24. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die Gewerkschaften der Bergarbeiter des Saargebietes beschließen, den Vätern zufolge, eine Delegation nach Paris zu entsenden, um bei der Verwaltung der staatlichen Bergwerke gegen die in Aussicht genommene Herabminderung der Löhne zu protestieren. Die Delegation wird sich aus Vertretern der freien Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaft zusammensetzen und ferner den Reichstagsabgeordneten Hus zu ihrem Mitglied wählen. Wie die Blätter weiter berichten, soll sich die Abordnung gegebenenfalls auch mit Organisationen der französischen Bergleute in Verbindung setzen, um über eine gemeinsame parlamentarische oder politische Aktion zu verhandeln.

Die Deutschen in Elsaß-Lothringen.

11 Straßburg, 24. Nov. Der „Elsässische Kurier“ meldet, daß bis zum 11. November 77 700 Deutsche aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen wurden und zwar 47 000 aus Lothringen, 18 000 aus dem Unterelsaß und 12 000 aus dem Oberelsaß. Freiwillig abgewandert sind rund 30 000 Deutsche, sodas noch etwa 192 000 im Lande verbleiben. Auf Grund des Friedensvertrags können von diesen rund 36 000 Deutsche um die franz. Staatsangehörigkeit nachsuchen, für die übrigen 156 000 gelten die auf alle Ausländer bezüglichen Aufenthalts- und Niederlassungsbestimmungen.

Wer gewinnen will,

muß einen Einsatz bezahlen. Wer über die Ereignisse rasch und zuverlässig unterrichtet sein will, muß eine Zeitung lesen, und zwar die täglich 2mal erscheinende Badische Presse.

Die Genfer Verhandlungen.

11 Genf, 24. Nov. (Drahtbericht.) Die Debatte über Oberelosen von 5 bis 7 Uhr abends verlief sachlich. Kalender besaßen mehrmals, er wolle beiden Parteien volle Freiheit lassen und nur im Notfall als Schlichter fungieren. Kalender spricht deutsch und französisch, Schifer deutsch, die Polen französisch. Für etwaige endgültige Besprechungen einzelner Ausfälle wurden der Interessensphäre nahegelegene Orte in Aussicht genommen.

Deutsche Bevollmächtigte und Interalliierte Kommission.

11 D. O. P., 24. Nov. Wie wir hören, hat die Interalliierte Kommission den deutschen Bevollmächtigten mitgeteilt, daß sie in Zukunft die Einzelverträge für bevollmächtigte Vertreter der deutschen Regierung nicht mehr verhandeln werde. Die Interalliierte Kommission macht geltend, daß die früheren Bedenken jetzt, da die Genfer Verhandlungen begonnen hätten, nicht mehr beständen. Wie wir weiter hören, ist einem Einzelgespräch des Generalsekretärs für die Wirtschaftsverträge, des Reichsministers a. D. von Raumer, entsprochen worden.

Die Interalliierte Kommission dürfte wohl die einzige Behörde sein, die einseht, warum deutsche Delegierte jetzt, wo die Verhandlungen in Genf begangen haben, nicht mehr so gefährlich sind, daß man ihnen die Einzelverträge verweigern muß. Meint General Le Rond, daß die Genfer Atmosphäre so beruhigend auf die Gemüter wirkt? Oder sollte nicht der Grund maßgebend gewesen sein, daß er nun die Einzelverträge ruhig genehmigen könnte, da doch die deutschen Delegierten alle Hände voll zu tun haben? D. Schr.

11 Raitowitz, 25. Nov. (Drahtbericht.) Einige Herren aus dem oberelsässischen Wirtschaftskreis, die in einzelnen Zweigen der Berg- und Hüttenbetriebe als sachmännliche Autoritäten gelten, haben eine Denkschrift herausgegeben, die sich eingehend mit den Folgen der Genfer Entscheidung für die oberelsässische Wirtschaft beschäftigt. In dieser Denkschrift wird auf verschiedene Wege hingewiesen, um Oberelosen vor dem Ruin zu retten. Die Denkschrift ist in Genf zu den deutsch-polnischen Verhandlungen überreicht worden.

Kleine politische Nachrichten.

Eine Reichsabstimmungsordnung. In Ausführung des Gesetzes über den Volkswahlrecht ist jetzt eine Reichsabstimmungsordnung verfaßt worden, die dem Reichstagspräsidenten zum 1. Dezember zugehen soll.

Preussisches Eigentum in Italien. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Wie die Mailänder Blätter melden, ist die Villa Falconieri bei Frascati, ein einziges Besitztum der preussischen Krone, auf Anordnung des Industrieministers unter Sequester gestellt worden. Gestern ist die Besichtigung vollzogen worden. Seit der Kriegserklärung war die Ueberwachung der Villa einem deutschen Staatsangehörigen anvertraut worden.

Englands Arbeitslosigkeit. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters aus Zürich.) Nach den amtlichen Statistiken betrug die Zahl der Arbeitslosen in England Mitte Oktober 1 384 800 Personen gegen 1 376 700 in der vorhergehenden Woche. Es zeigt sich also eine Steigerung um ungefähr 8000 Personen. In dieser Zahl sind nur die vollkommen Arbeitslosen enthalten, während die Zahl der teilweise Arbeitslosen 308 000 beträgt.

Pariser Zeitungsstreit. Von unserem Genfer Vertreter wird uns gemeldet: Innerhalb der Pariser Presse ist ein bemerkenswerter Streitfall ausgebrochen. Der „Petit Parisien“ beabsichtigt nämlich, in verschiedenen größeren Provinzen Frankreich eine Ausgabe herauszubringen, die gleichzeitig mit der Pariser Ausgabe erscheinen soll. Die Pariser Nachrichtenblätter, der „Matin“, das „Journal“, „Petit Journal“ und „Echo de Paris“ protestieren in einem gemeinsamen Aufruf gegen diese Absicht, die auf eine Monopolisierung des französischen Zeitungswezens und auf eine Vernichtung der Meinungsfreiheit hinauslaufen würde. Die genannten Blätter haben, nach dem entsprechenden Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind, über den „Petit Parisien“ den Boykott verhängt. Welchen Einfluß der „Petit Parisien“ schon jetzt auf die öffentliche Meinung ausübt, geht daraus hervor, daß das Blatt bereits eine Auflage von annähernd zwei Millionen erreicht hat.

Renaissance des Handwerks?

(Von Handwerkskammerpräsidenten Endres-Karlstraße.)

Auf dem Boden echten Selbstbewußtseins, gestützt auf seine Leistungen, gewinnt das Handwerk zur Freude aller Wohlgeantenen im Vaterland wieder den Platz, der ihm zusteht. Diese Anerkennung muß dem Handwerk gezollt werden trotz des Geschreies von der beschleunigten Zerstörung der Handwerksbetriebe. Tüchtigkeit bleibt eben siegreich auch gegenüber dem Knebelwollen.

Leider glauben nur allzulange weite Kreise des Publikums an den allmählichen Untergang des überlebten, rüstigen Teiles der Industrie, weil die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs führt. Und die Lehren des Krieges schienen dem Handwerk nochmals das Recht zu nehmen, als bedeutender Bestandteil im Wirtschaftsleben betrachtet zu werden. In der Tat machten seit der Gründung der Dampfmotoren die fortschrittlichen Betriebe eine große Anzahl von kleinen Handwerksbetrieben überflüssig und verdrängten sie namentlich auf dem Gebiet der Massenproduktion. Wer aber daraus den Schluß auf ein baldiges endgültiges Verschwinden des Handwerks gezogen hat, hatte sich getäuscht. Im Wirtschaftsleben sind eben nicht nur Massenbedürfnisse zu berücksichtigen, sondern auch eine Fülle von Einzel- und Lokalbedürfnissen, denen nur das Handwerk gerecht werden kann. Und außerdem ist es nunmehr zum Schicksal der Industrie geworden, mit dem es zu zusammen in Arbeitsleistung Werte schafft. Hierzu hat das Handwerk der elektrische Kleinmotor und die allgemeine Verbreitung der elektrischen Kraftanlagen in die Lage gesetzt; es konnte den bisherigen Boden nicht nur erfolgreich verteidigen, sondern noch neuen hinzugewinnen. Der alte Siemens hat recht behalten, als er bei der Erfindung des elektrischen Kleinmotors das Anbrechen einer neuen Epoche der Dezentralisierung der Gütererzeugung vorhergesagt. Und was dem Handwerk durch die Verzerrung Deutschlands am Inlandsmarkt verloren geht, wird es mit allen Mitteln zu ersetzen suchen durch Beteiligung am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. So hat das Handwerk von heute ein ganz anderes Gesicht bekommen, als das vor 50 Jahren. Auf die Renaissance des Handwerks brauchen wir nicht zu warten, nein, wir sind schon mitten darin und zwar schon seit einer Reihe von Jahren. Vornehmlich Aufgabe der Selbstverwaltungsgesellschaften, der Kammern und Innungen, muß es nun sein, in kurzer Zeit zu erreichen, daß die große Masse der Handwerksbetriebe wirtschaftlich technisch und kaufmännisch geleitet wird.

Muß die Wiedergeburt des Handwerks kommen? Ja! Ein Volk, dessen Mittelstand zerstört ist, geht unfehlbar seinem sicheren Untergang entgegen. Wahre sittliche Freiheit und geistige Selbstständigkeit sind nur möglich auf dem Boden materieller Unabhängigkeit, und diese ist wieder nur möglich bei materieller Selbstständigkeit. Ein Volk, das ganz vorwiegend aus Beamten, Angestellten und Arbeitern besteht, kann keine sittlichen Charaktere und Persönlichkeiten hervorbringen. Die Selbstständigkeit im Berufe, das Produkt der eigenen Hand hebt in seelischer Beziehung seinen Schöpfer, trennt ihn von der Gedankenrichtung anderer und entführt ihn der Masse. Die innere Lebenshaltung wird eine andere, wirkt befruchtend auf die äußere ein und gibt der betreffenden Persönlichkeit ihre eigene Note. Arbeit und Persönlichkeit wachsen an- und miteinander. Es muß es sein, wenn wir als Volk wieder in vordere Reihe wollen. Das deutsche Handwerk war stets das auserwählte Werkzeug der deutschen Seele, die in stofflichen Gestalten inneres Wesen zum Ausdruck brachte. Die Blütezeit des deutschen Handwerks war zugleich Blütezeit deutscher Persönlichkeitsnatur. Das Handwerk hat das deutsche Bürgertum geschaffen. Seine Städte hat das Handwerk stark und tugig, seine Kirchen hoch und ragend, seine Häuser schön und gastfreundlich, seine Feste bunt und froh, den Bürgerinn frei und doch fromm gestaltet. Niedrigung des Handwerks dagegen bedeutet Verfall und innere Ausdehnung des Bürgertums. Drum muß das Handwerk heute eine Wiedergeburt finden, als Erneuerer, Schöpfer und Erbe bürgerlicher Persönlichkeitswerte. Das Handwerk beruht auf Tradition, es ist damit das größte Problem der Erziehung, das wir überhaupt haben.

Zwar fühlt allmählich unser Volk in seinem dunklen Drange, der Weg zur Sozialisierung und Internationalisierung, an dem auch das neue bürgerliche Programm noch immer festhält, ist der Weg zu seinem eigenen Untergang. Dieses Gefühl weckt unwillkürlich auf die im Handwerk liegenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kräfte hin. Der sozialistische Gedanke hat sich in allen möglichen Formen in den letzten Jahrzehnten auswirken können und zwar mit zunehmender Stärke. In der Zwangswirtschaft der Kriegsjahre und der Nachkriegszeit hat er offenbar den Höhepunkt erreicht. Jetzt aber geht ein Schwenk durch das Volk, das gerade die Besten in allen Schichten stark empfinden: nach der Beseitigung von der allzu großen öffentlichen Bevormundung, nach größerem Spielraum für die freie Betätigung des tüchtigen Einzelnen. Der Einzelne wird heute mit Gewalt auf das Niveau der Masse herabgedrückt. Gleichgültigkeit ist die Parole. Darunter leidet die Leistung, und es ist auch kein Wunder, wenn starke Führerpersönlichkeiten sich in dieser Stille nicht entwickeln können. Aus diesem Sumpf will das Volk wieder heraus, es kommt zur Selbstbestimmung und steht das Handwerk in erfolgreichem Ringen um seine Selbstständigkeit, die das kostbarste Gut des Menschen ist und für die selbst der Wille sein Leben läßt, um seine eigene primitive Kultur zu retten und nicht einzutauschen gegen fremde Zivilisation. Das Ringen beschleunigt die Renaissance des Handwerks.

Verhaftungen von Geheimbühlern in Baden.

Zu den gemeldeten Verhaftungen von Geheimbühlern erfahren wir von zuständiger Stelle: In den letzten Tagen sind durch baderische Kriminalbeamte in verschiedenen baderischen Städten Verhaftungen vorgenommen worden, die im Zusammenhang stehen mit der Verfolgung von Geheimorganisationen, wie sie im Anschluß an die Verfolgung der Esbargermeister aufgedeckt worden sind. In Baden sind solche Verhaftungen (von denen z. B. der „Vorwärts“ berichtet) in dieser Angelegenheit nicht erfolgt.

Trier

Bingen

Mathews Schmidt & Co.

Hofweinkellereien, Trier.

Die wundervollen
1920er!

in hervorragend blumiger, würziger und süßer Qualität sind ausgereicht und versandfertig.

Für die kommenden Festtage empfehlen wir

unser reichhaltiges Lager in gut ausgebauten preiswerten Mosel-, Saar- und Ruwer-, Rhein-, Nahe- und Pfalzweinen, deutschen und französischen Rotweinen, Schaumweinen und Champagner.

Versand in Kisten von 25 Flaschen ab. Glas und Kisten leihweise. Man verlange Preisliste nebst Likör- und Punsch-Anstaltungs!

Besonders dringende Aufträge gegen Nachnahme.

